Einzureichen an:

Investitionsbank Sachsen-Anhalt
OE Infrastruktur
Domplatz 12
39104 Magdeburg

oder per Mail an:
verena.gehrke@ib-lsa.de

INVESTITIONSBANK SACHSEN-ANHALT

Ich/Wir beantrage(n) bei der Investitionsbank Sachsen-Anhalt (IB) die Gewährung eines Zuschusses aus dem Programm

IKT an Schulen - Land

gemäß der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Informations- und Kommunikationstechnologien an Schulen im Land Sachsen-Anhalt (IKT-Richtlinie).

Hinweis: Dieser Antrag ist ausschließlich für Vorhaben an Schulen in den Oberzentren Stadt Magdeburg, Stadt Halle und Stadt Dessau-Roßlau zu verwenden.

1. ANGABEN DER/ DES ANTRAGSTELLENDEN

1.1 Allgemeine Angaben

Juristische Person des öffentlichen Rechts bzw. des privaten Rechts (ggf. lt. Handelsregister/ Vereinsregister)

Bitte tragen Sie den Namen vollständig entsprechend der Eintragung im Handels-/Vereinsregister oder anderen zugrundeliegenden Dokumenten (z.B. Gesellschaftsvertrag) ein.

Rechtsform*

☐ OHG ☐ GbR ☐ KG ☐ GmbH ☐ AG ☐ Körperschaft ö. R.

☐ Verein (e.V.) ☐ Sonstige

Gründungsdatum*

Branche/Tätigkeitsbereich*

Handels-/Vereinsregister-Nr. (falls vorhanden)

Registergericht (falls vorhanden)

Wirtschafts-Identifikationsnummer (§139c AO) (falls vorhanden)

Steuernummer (bitte immer angeben)

*nicht bei Kommunen

Straße

Hausnummer

PLZ

Ort

ggf. Ortsteil

E-Mail

Vorwahl/Rufnummer

Vorsteuerabzugsberechtigt? ☐ Ja ☐ Nein ☐ teilweise mit ____ %

1.2 Ansprechpartner zum Antrag (sofern zutreffend)

Ansprechpartner zum Antrag (Name, Vorname)

Vorwahl/Rufnummer

E-Mail

2. KURZANGABEN ZUM VORHABEN

2.1 Ort des Vorhabens

Schule		
Schulform		
Straße, Hausnummer		
PLZ	Ort	ggf. Ortsteil

2.2 Vorhabensbezeichnung

Titel des Vorhabens

2.3 geplante zeitliche Dauer

Beginn des Vorhabens	Tag/Monat/Jahr	geplantes Ende des Vorhabens	Tag/Monat/Jahr

Hinweis: Förderfähige Anträge, die auf Grund des Jahresscheibenschnitts in 2025 nicht finanziert werden können, behalten Gültigkeit für die Jahresscheibe 2026, allerdings müssen die Schulen gegenüber der Bewilligungsbehörde für 2026 als bestandsfähig bestätigt werden.

2.4 Ziele des Vorhabens

Investitionen in

- ☐ Mobile und stationäre schulgebundene IKT-Endgeräte und das unmittelbar notwendige Zubehör
- ☐ Ausleihbare mobile und stationäre IKT-Endgeräte für Schülerinnen und Schüler und das unmittelbar notwendige Zubehör
- ☐ Bedarfsgerechte Ergänzungsmaßnahmen zur Installation standardisierter Netzwerk- und Sicherheitskomponenten

2.5 Angabe zu Indikatoren

R 41 - Anzahl Teilnehmer am Vorhaben

Aktuelle Schülerzahl der Schule	
Aktuelle Anzahl des Lehrerpersonals der Schule	
Summe	0

3. AUSGABEN- UND FINANZIERUNGSPLAN

3.1 Geplante Ausgaben (in Euro, Brutto)

Förderfähige Ausgaben	0,00
Mobile und stationäre schulgebundene IKT-Endgeräte und das unmittelbar notwendige Zubehör	
Ausleihbare mobile und stationäre IKT-Endgeräte für Schülerinnen und Schüler und das unmittelbar notwendige Zubehör	
Bedarfsgerechte Ergänzungsmaßnahmen zur Installation standardisierter Netzwerk- und Sicherheitskomponenten	
Nicht förderfähige Ausgaben	
Summe der geplanten Ausgaben	0,00

3.2 Aufteilung mehrjähriger Maßnahmen (in Euro)

Jahr		geplante Gesamtausgaben	beantragte Zuwendung
20			
20			
20			
Summe		0,00	0,00

3.3 Finanzierung der Ausgaben (in Euro)

Eigenmittel	
Beantragte Zuwendung	
Fremdmittel	
Weitere Fördermittel aus öffentlichen Mitteln und/oder sonstige öffentliche Finanzierungshilfen (bitte bezeichnen)	
Sonstige Fremdmittel (bitte bezeichnen)	
Summe der Finanzierungsmittel	0,00

4. DEM ANTRAG BEIZUFÜGENDE UNTERLAGEN

- ☐ a) Bestätigung durch das Landesinstitut für Schulqualität und Lehrerbildung Sachsen-Anhalt – Anlage 1 zur Richtlinie
- ☐ b) Bestätigung einer positiven schulfachlichen Stellungnahme des zuständigen Referats des Landesschulamts – Anlage 2 zur Richtlinie
- ☐ c) Nachweis der bei der Finanzierung des Vorhabens eingesetzten weiteren öffentlichen Förderungen und Finanzierungshilfen sowie der Eigenmittel
  - Für kommunale Träger: Stellungnahme der Kommunalaufsichtsbehörde (IB-Formblatt) oder Nachweis eines von der Kommunalaufsicht bestätigter Haushalts
  - Für freie Träger: Nachweis mittels IB-Formblatt „Finanzierungsbestätigung Zuschüsse“
- ☐ d) Erhebungsbogen wirtschaftlich Berechtigter/ wirtschaftlicher Eigentümer für juristische Personen und Personengesellschaften (IB-Formblatt) bzw. Erhebungsbogen wirtschaftlich Berechtigter/ wirtschaftlicher Eigentümer für Stiftungen und ähnlichen Rechtsgestaltungen (IB-Formblatt)
- ☐ e) Dokumentation Vertretungsberechtigung (IB-Formblatt)
- ☐ f) Für freie Träger: Aktueller Handelsregisterauszug (nicht älter als 3 Monate) bzw. Gewerbeanmeldung,; ggf. zusätzlich Vereinsregisterauszug, ggf. Auszug aus dem Stiftungsverzeichnis
- ☐ g) Für freie Träger: Erklärung zur Einordnung als öffentlicher Auftraggeber (IB-Formblatt)
- ☐ h) Kostenschätzung (IB-Formblatt)
- ☐ i) Begründung bei Unter-/Überschreitung der Durchschnitts- bzw. Referenzwerte
- ☐ j) Nachweis über Finanzhilfen für freie Träger gemäß § 18 SchG LSA
- ☐ k) bei schulfachlichem Erfordernis: Beschreibung der Maßnahmen zur Gewährleistung der Barrierefreiheit

5. ERKLÄRUNGEN DER/DES ANTRAGSTELLENDEN

Ich/Wir erkläre(n):

a) Mir/Uns sind die geltenden Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Informations- und Kommunikationstechnologien an Schulen im Land Sachsen-Anhalt (IKT-Richtlinie) (abrufbar über Downloadbereich auf der Internetseite der Investitionsbank Sachsen-Anhalt (IB)) und die sich daraus ergebenden Voraussetzungen für eine Bewilligung bekannt. Mir/Uns ist bekannt, dass ein Rechtsanspruch auf Gewährung einer Zuwendung nicht besteht, und dass ich/wir im Falle einer Bewilligung die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P) oder – sofern einschlägig – die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung an Gebietskörperschaften und Zusammenschlüsse von Gebietskörperschaften in der Rechtsform einer juristischen Person des öffentlichen Rechts (ANBest-Gk) sowie besondere für dieses Förderprogramm geltende Pflichten zu beachten habe(n). Die Regelungen aus den o. g. Richtlinien sowie den ANBest-P / ANBest-Gk werden anerkannt.

b) Mit dem im Antrag dargestellten Vorhaben habe(n) ich/ wir noch nicht begonnen und werde(n) auch nicht vor Erhalt des Zuwendungsbescheides/ des Zuweisungsschreibens beginnen, es sei denn, ich/ wir erhalte(n) auf Antrag eine schriftliche Genehmigung zum vorzeitigen Vorhabensbeginn. Mir/ uns ist bekannt, dass als Vorhabensbeginn grundsätzlich bereits der verbindliche Abschluss eines Lieferungs- oder Leistungsvertrages im Zusammenhang mit dem Vorhaben anzusehen ist.

c) Die Gesamtfinanzierung des Vorhabens ist unter Einbeziehung des beantragten Zuschusses gesichert.

d) Sofern keine juristische Person des öffentlichen Rechts oder die Insolvenzfähigkeit gesetzlich nicht ausgeschlossen ist: Ich bin/Wir sind zahlungsfähig, und gegen mich/uns steht ein (Verbraucher-) Insolvenzverfahren nicht unmittelbar bevor und ist nicht beantragt, eröffnet oder mangels Masse abgelehnt oder eingestellt worden. Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, unverzüglich der IB mitzuteilen, wenn bis zur Bewilligung dieses Antrages ein Insolvenzverfahren unmittelbar bevorstehen sollte, beantragt, eröffnet oder mangels Masse abgelehnt oder eingestellt wird.

e) Ich versichere/Wir versichern, dass bei Vorliegen einer Vorsteuerabzugsberechtigung nach § 15 Umsatzsteuergesetz (UStG) die angegebenen Ausgaben keine Umsatzsteueranteile enthalten.

f) Ich/Wir gewährleiste(n) eine projektbezogene Einzelabrechnung der Einnahmen und Ausgaben sowie deren Unterscheidung vom üblichen Geschäftsverkehr. In den angegebenen Ausgaben sind innerbetriebliche Umlagen nicht enthalten.

g) Ich/Wir werde(n) das Vorhaben nicht im Auftrag oder auf Rechnung Dritter durchführen.

h) Für das Vorhaben wurden und werden bei anderen Stellen keine weiteren öffentlichen Förderungen oder Finanzierungshilfen über die im Finanzierungsplan (Ziffer 3.3 dieses Antrages) angegebenen öffentlichen Mittel bzw. Finanzierungshilfen hinaus beantragt.

i) Ich versichere/Wir versichern die Richtigkeit und Vollständigkeit der von mir/uns gemachten Angaben im Antrag sowie in den beigefügten Anlagen/Unterlagen. Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, die IB unverzüglich zu informieren, wenn Änderungen gegenüber diesen Angaben eintreten.

j) Mir/Uns ist bekannt, dass die IB berechtigt ist, weitere Angaben und Unterlagen anzufordern, soweit diese für die Entscheidung erforderlich sind. Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, alle noch zur Bearbeitung dieses Antrages erforderlichen Unterlagen/Informationen/Auskünfte zu erbringen/zu erteilen. Sollten im Rahmen der Antragsbearbeitung Prüfungen an Ort und Stelle für notwendig gehalten werden, so erkläre(n) ich/wir mich/uns damit einverstanden.

k) Ich/Wir erkenne(n) an, dass die IB berechtigt ist, Stellungnahmen anderer Stellen für die Beurteilung der/des Antragstellenden einzuholen. Zu diesem Zweck befreie(n) ich/wir Verbände, Kammern sowie Behörden von ihren Verschwiegenheitspflichten.

l) Ich/Wir entbinde(n) die Finanzbehörden gegenüber der IB von der Pflicht zur Wahrung des Steuergeheimnisses (§ 30 Abgabenordnung). Ich/Wir gebe(n) hiermit mein/unser Einverständnis, dass die von der IB im Bedarfsfall von den Finanzbehörden erhobenen Daten an die Strafverfolgungsbehörden weitergeleitet werden können, wenn Anhaltspunkte für ein strafrechtlich relevantes Verhalten vorliegen; insoweit befreie(n) ich/wir die IB ebenfalls von ihrer Pflicht zur Wahrung des Steuergeheimnisses.

☐ Ja ☐ Nein

m) **Belehrung über die Strafbarkeit des Subventionsbetrugs – gilt nur bei Betrieben und Unternehmen (einschließlich öffentlicher Unternehmen)**: Mir/Uns ist bekannt, dass es sich bei den beantragten Fördermitteln um eine Subvention handelt, auf die § 264 des Strafgesetzbuches (StGB) und gemäß § 1 des Subventionsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (SubvG-LSA vom 09.10.1992, GVBl. S. 724) die §§ 2 bis 6 des Gesetzes gegen missbräuchliche Inanspruchnahme von Subventionen (SubvG, Bundesgesetzblatt (BGBl.) 1976, Teil I, S. 2037 f.) Anwendung finden. Gemäß § 3 SubvG besteht die Verpflichtung, unverzüglich alle Tatsachen mitzuteilen, die der Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung, Inanspruchnahme oder dem Belassen der Subvention oder des Subventionsvorteils entgegenstehen oder für die Rückforderung der Subvention oder des Subventionsvorteils erheblich sind. Subventionserhebliche Tatsachen im Sinne dieser Vorschriften sind die Angaben bzw. Erklärungen zu den Ziffern 1.1, 1.2, 2.1, 2.2, 2.3, 2.4, 2.5, 3.1, 3.2, 3.3 und 5. Buchstaben a), b), c), d), e), f), g), h) und i) dieses Antrages und die Angaben in den gemäß der Ziffer 4. Buchstaben a), b), c), d), e), f), g), h), i), j) und k) beizufügenden Unterlagen.
Subventionserheblich sind ferner solche Tatsachen, die durch Scheingeschäfte oder Scheinhandlungen verdeckt werden, sowie Rechtsgeschäfte oder Handlungen unter Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten im Zusammenhang mit der beantragten Zuwendung (§ 4 SubvG).

6. EINWILLIGUNG IN DIE VERARBEITUNG PERSONENBEZOGENER DATEN

6.1 Zustimmung zur Beratung und Information

Ich/ Wir möchte(n) über individuell für mich/ uns passende Produkte der IB und über den Start und die Änderungen von Förderprogrammen informiert werden. Diese Einwilligungen sind freiwillig und können jederzeit, auch einzeln, mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden.
Ihre Einwilligung ist elementar für eine qualifizierte Beratung durch unser Haus, falls Sie dennoch keine Einwilligung zu Analyse- und/oder Informationszwecken erteilen möchten oder Ihre Einwilligung zu einem späteren Zeitpunkt widerrufen, wirkt sich dies nicht auf die von Ihnen beantragte (Kredit-/ Zuschuss-/ Zuweisungs-) Förderung aus.

a) Zustimmung zur Analyse von Daten zur Person
Wir versichern Ihnen vorab, dass wir Ihre nachfolgend genannten Daten absolut vertraulich behandeln und nicht an unberechtigte Dritte weitergeben. Dazu sind wir zudem auch rechtlich, z. B. durch das Bankgeheimnis, verpflichtet. Die IB wird (nur sofern notwendig) für eine individuelle Beratung folgende Daten über mich/ uns verknüpfen, gemeinsam auswerten und verwenden:

1. Personendaten, wie Name, Geburtsdatum, Familienstand, Beruf
2. Kontaktdaten, wie Adresse, E-Mail und Telefonnummern
3. Daten zu meiner Bonität, meiner finanziellen Situation und zu meinem Kreditrisiko
4. Daten aus Beratungsgesprächen, Vertriebsaktivitäten, Dokumentationen und Erhebungsbögen sowie vergleichbare Daten
5. Statistische Daten, welche mir mithilfe allgemeiner Kriterien zugeordnet werden können, beispielsweise für die Eignung bestimmter Förderprodukte für bestimmte Altersgruppen, Regionen oder Branchen

Zweck der Analyse der Daten zur Person: Die IB berät, betreut und informiert mich/uns möglichst passgenau, z. B. über für mich/uns geeignete neue Förderprodukte der IB.

☐ **Ja, ich bin/wir sind mit der Verknüpfung, Auswertung und Verwendung meiner/unserer aufgelisteten Daten zu vorgenannten Zwecken einverstanden.**

b) Einwilligung zur Informationsübermittlung der IB
Ich/ Wir erkläre(n) mich/uns damit einverstanden, dass die IB die mit dem Förderantrag erhobenen persönlichen Daten nutzt, um mir/ uns interessante Informationen zu weiteren Fördermöglichkeiten zukommen zu lassen:

☐ **per Post** ☐ **telefonisch** ☐ **per E-Mail**

6.2 Hinweise zur Datennutzung

Auf unserer Homepage finden Sie unter „https://www.ib-sachsen-anhalt.de/datenschutzhinweise“ eine umfassende Übersicht über den Umgang der IB mit Ihren Daten sowie die Rechte, die Ihnen gemäß der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) zustehen. Wir bitten Sie, jede betroffene natürliche Person, deren personenbezogene Daten im Rahmen der Antragsbearbeitung und zur Abwicklung der Förderung verarbeitet werden, auf die jeweilige Verarbeitungstätigkeit und Verantwortung im Rahmen dieser Prozesse sowie auf die oben genannten Datenschutzhinweise aufmerksam zu machen.

UNTERSCHRIFT(EN) DER/DES ANTRAGSTELLENDEN/BEVOLLMÄCHTIGTEN

Ort, Datum	**Unterschrift** (Stempel, sofern relevant)
Name des Unterzeichnenden (in Druckbuchstaben)	
Ort, Datum	**Unterschrift** (Stempel, sofern relevant)
Name des Unterzeichnenden (in Druckbuchstaben)	